

ArbeitnehmerGRUPPE a k t u e l l

April 2018

Informationen aus der Arbeitnehmergruppe

Wir sind gestartet Vollbeschäftigung und digitaler Aufbruch



Uwe Schummer
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Hängepartie zur Regierungsbildung ist beendet. Die neue Bundesregierung steht. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel wird sie führen und ihre Richtlinienkompetenz im Kabinett nutzen. Die erneute Große Koalition ist weder Vision noch „Projekt“; aber solides politisches Handwerk ist in den global schwierigen Zeiten schon viel. Wir wollen Themen, die Menschen umtreiben, angehen. Dazu gehören der Weg in die Vollbeschäftigung und der digitale Aufbruch. ‚Wan-

del ohne Angst‘ bedeutet für und mit den Menschen unsere Politik zu formulieren, durchzusetzen und zu erläutern.

Politik braucht Ordnung

Wir werden die Sozialpolitik nicht den Sozialdemokraten überlassen. Das Christlich-Soziale ist Markenkern der Union. Dabei gilt der Grundsatz des früheren Arbeitsministers Hans Katzer: So wie die Wirtschaft eine Ordnung hat, so auch das Soziale. Sie schützt vor Beliebigkeit und Willkür.

Bildung ist der Schlüssel

Als Arbeitnehmergruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nehmen wir uns aller Themen an, die wichtig sind. Dazu gehören neben der klassischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Fragen der Finanzen, der Wirtschaft, Familie und der Bildung. Bildung ist der Schlüssel zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen. Sie steht im Zentrum aller Themen. Wir haben verstanden, wir sind gestartet, wir werden gut regieren.

Uwe Schummer

Den arbeitsfreien Sonntag schützen

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion der „Allianz für den freien Sonntag“, hat Marcus Weinberg, familienpolitischer Sprecher unserer Fraktion, die Standpunkte der Arbeitnehmergruppe vertreten und klargestellt, dass wir großen Wert darauf legen, den arbeitsfreien Sonntag zu schützen. Er darf nicht in zunehmendem Maße allein aus wirtschaftlichen Interessen infrage gestellt werden.

Trotz der grundgesetzlich verbrieften Sonntagsruhe ist Sonn- und Feiertagsarbeit längst nicht mehr auf Bereiche der Daseinsfürsorge beschränkt. Wir müssen darauf achten, dass es hier keine Willkür gibt. Das gilt nämlich insbesondere für den Einzelhandel, wo immer häufiger Gerichte über die Zulässigkeit von Sonntagsöffnungen entscheiden müssen.

Hier stehen wir neben den Tarifvertragsparteien auf den verschiedenen Handlungsebenen in der Verantwortung, die weitere kommerzielle Ausbreitung zu unterbinden, anstatt sie durch immer weiter gehende Ausnahmeregelungen zu legalisieren und zu fördern.

Inhalt

Uwe Schummer - Wir sind gestartet - Vollbeschäftigung und digitaler Aufbruch **1**

Bund fördert freiwillige Vorsorge (Muster-Pressemitteilung) **2**

Im Gespräch mit dem BA-Chef **2**

Rudolf Henke - Flächendeckende Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen **3**

Paul Lehrieder - Heimat heißt: Der eigenen Herkunft gewiss zu sein **4**

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Uwe Schummer MdB
Redaktion: Stefan Klinger (verantw.)
Mitarbeit: Robert Schwope, Julian Schwerdt
E-Mail: kristina.freitag@cducsu.de
Foto Titel: Gebhard Bücken

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bund fördert freiwillige Vorsorge

Muster-Pressemitteilung

Wer auf eine gute Absicherung im Alter Wert legt, ist gut beraten, sowohl in der gesetzlichen Rente als auch privat und möglichst auch im Rahmen einer Betriebsrente vorzusorgen. Bei der Betriebsrentenförderung gibt es jetzt erhebliche Verbesserungen. Zum Thema bieten wir folgende Muster-Pressemitteilung an:

Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz sind zum 1. Januar 2018 wichtige Verbesserungen in Kraft getreten. Vor allem geringerverdienende Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen profitieren davon. **Darauf weist der CDU-Bundestagsabgeordnete [Name MdB] hin.**

So kann ein staatliche geförderter Geringverdienerzuschuss des Arbeitgebers die Betriebsrente aufbessern. Arbeitgeber von Mitarbeitern, die bis 2.200 Euro brutto monatlich verdienen und die ihren Beschäftigten einen Beitrag zur betrieblichen Alterssicherung gewähren, werden vom Staat unterstützt. Der Förderbetrag beträgt 30 Prozent des zusätzlichen Arbeitgeberanteils und maximal 144 Euro. Zudem sparen Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer Sozialabgaben, wenn dies über die Entgeltumwandlung geschieht. Dabei wird ein Teil des Lohns des Beschäftigten für eine Betriebsrente angelegt.

Arbeitgeber sind ab 2019 verpflichtet, eingesparte Sozialabgaben als Arbeitgeberzuschuss für die Betriebsrente an den Mitarbeiter weiterzugeben. Dies gilt zunächst für Neuverträge in Direktversicherungen, Pensionskassen und -fonds.

Auch werden Versorgungsleistungen nicht mehr voll auf Sozialleistungen angerechnet. Freiwillige Zusatzrenten bleiben bis 202 Euro anrechnungsfrei sowohl bei der Grundsicherung im Alter als auch bei Erwerbsminderung sowie bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt in der Kriegsopferfürsorge.

„Freiwillige Vorsorge lohnt sich und ist ein guter Schutz vor Altersarmut. Dass der Bund durch gezielte Maßnahmen Arbeitnehmer stützt und zeitgleich Arbeitgeber nicht zusätzlich belastet, ist ein sinnvoller Weg und sollte stärker bekannt werden“, so [Name MdB].

Im Gespräch mit dem BA-Chef

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Uwe Schummer und der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, trafen sich im Bundestag zu einem Gespräch. Beide waren sich einig, dass die Förderung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen weiter intensiviert werden muss. Uwe Schummer forderte den Blick nach vorne: „Wir wollen ein neues Kapitel nach den Hartz-Reformen ein neues Kapitel in der Arbeitsmarktpolitik aufschlagen. Ein Kapitel, in dem die Bildung und die Beschäftigungsorientierung im Zentrum stehen.“

Mit dem Koalitionsvertrag setzt sich die Bundesregierung das ehrgeizige Ziel der Vollbeschäftigung. Die Zielsetzung geht auf das Wahlprogramm von CDU und CSU zurück, ebenso wie die vereinbarten konkreten Schritte, mit denen junge Menschen aus Langzeitarbeitslosen-Familien besonders gefördert werden - damit dieser Teufelskreis endlich durchbrochen wird.



Flächendeckende Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen

Rudolf Henke

Gesundheit und Pflege waren schwierige Themen auf dem Weg zum neuen Koalitionsvertrag. An dem Ziel einer guten, von Einkommen und Wohnort unabhängigen medizinischen und pflegerischen Versorgung von Beginn bis Ende des Lebens lag das nicht. Darin herrschte schnell Einigkeit. Schwierig waren die Erwartungen der SPD zur Angleichung der Vergütungssysteme auf ihrem angestrebten Weg in eine als Bürgersicherung bezeichnete Einheitsversicherung. Es ist gut, dass die Union sich erfolgreich gegen einen derartigen Systemwechsel gewehrt hat. Wir wollen dem heutigen Reformbedarf im System der gesetzlichen wie der privaten Krankenversicherung begegnen und ein modernes Vergütungssystem schaffen, das den Versorgungsbedarf der Bevölkerung und den Stand des medizinischen Fortschritts abbildet.

Dies bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung. Die Bundesregierung wird dazu eine wissenschaftliche Kommission einsetzen, die bis Ende 2019 unter Berücksichtigung aller hiermit zusammenhängenden medizinischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen Vorschläge vorlegt. Deren Umsetzung ist offen und wird erst danach entschieden. Es ist auch keineswegs gesagt, ob das künftige Vergütungssystem dann mit einer, zwei oder mehreren Gebührenordnungen agiert. Erst gibt es die Analyse, dann die konkreten Entscheidungen.

Fest steht allerdings, dass wir die Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen. Ab 1. Januar 2019 werden sie wieder in gleichem Maße von Arbeitgebern und Beschäftigten geleistet. Auch der bisherige Zusatzbeitrag wird paritätisch finanziert.

Pflegekräfte stärken

Die größte Aufmerksamkeit finden derzeit aber unsere Überlegungen zur

Pflege. Wer hier davon spricht, die Koalition wolle „nur“ 8000 zusätzliche Pflegestellen schaffen (und dies sei selbstredend viel zu wenig), der sollte den Text des Koalitionsvertrages lesen. Tatsächlich bezieht sich die Zahl 8000 auf ein Sofortprogramm, mit dem wir neue Fachkraftstellen im Zusammenhang mit der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen schaffen werden. Der dafür erforderliche finanzielle Mehraufwand soll (bei medizinischer Behandlungspflege endlich systemkonform) durch eine Vollfinanzierung aus Mitteln der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfolgen.

Dem Sofortprogramm werden weitere Schritte folgen. Deshalb besteht auch keine Notwendigkeit, jetzt in einen allgemeinen Überbietungswettbewerb immer höherer Zahlen neu einzurichtender Stellen einzutreten, die man von der Politik fordert, und diese 60.000, 100.000, 120.000 Stellen den 8.000 gegenüberzustellen. Der Text des Koalitionsvertrages bleibt ja bei 8.000 überhaupt nicht stehen: Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege sofort und spürbar verbessern. Es werden Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich ergriffen und dafür zusätzliche Stellen zielgerichtet gefördert. In der Altenpflege sollen die Sachleistungen kontinuierlich an die Personalentwicklung angepasst werden. So kann ein immer weiter stei-



Rudolf Henke
Arbeitsgruppe Gesundheit - Vorstandsmitglied der Arbeitnehmergruppe

gender Eigenanteil verhindert werden.

Wir wollen in einer „Konzertierten Aktion Pflege“ eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Situation in der Altenpflege erreichen. Deshalb entwickeln wir verbindliche Personalbemessungsinstrumente, auch im Hinblick auf die Pflegesituation in der Nacht. Die „Konzertierte Aktion Pflege“ umfasst u. a. eine Ausbildungsoffensive, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm, eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten sowie eine Weiterqualifizierung von Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zu Pflegefachkräften.

Zudem wollen wir die Bezahlung in der Altenpflege nach Tarif stärken. Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir dafür sorgen, dass Tarifverträge in der Altenpflege flächendeckend zur Anwendung kommen. Und im Krankenhausbereich werden Tarifsteigerungen vollständig refinanziert, verbunden mit einer Nachweispflicht, dass dies auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt. Unser Ziel sind eine gute Versorgung und gute Arbeitsbedingungen. Wenn die Koalition das erreicht, hat sie viel geleistet.

Heimat heißt: Der eigenen Herkunft gewiss zu sein

Paul Lehrieder

Unser Leben ist in jeder Phase geprägt von Begegnungen. Begegnungen mit Menschen unterschiedlichster Prägung. Eine Frage, die fast immer als erstes gestellt wird, wenn wir jemanden Neues kennenlernen ist: „Woher kommst Du“, oder anders ausgedrückt, „wo ist Deine Heimat.“

Warum stellen wir eigentlich immer wieder diese Frage? Mit der Herkunft eines Menschen verbinden wir eine gewisse Einordnung. Handelt es sich um einen Norddeutschen, ist er bestimmt wortkarg mit trockenem Humor. Handelt es sich um einen Rheinländer, haben wir vermutlich eine fröhliche und Feierlichkeiten nicht grundsätzlich abgeneigte Person vor uns. Das eine oder andere mag in die Rubrik „Klischees und Vorurteile“ gehören. Diese Einordnungen kommen aber nicht von Ungefähr. Ein Fünkchen Wahrheit ist meist dabei. Und dieses Fünkchen hilft uns nicht nur beim Kennenlernen Anderer. Es hilft uns auch dabei, uns unserer eigenen Herkunft gewiss zu sein. Denn was machen wir, wenn sich unser Gegenüber vorgestellt hat? Wir reden ganz automatisch über unsere eigene Heimat.

Heimat - vor allem ein Gefühl

Heimat ist vor allem ein Gefühl. Es ist die Antwort auf die Frage, wo man geborgen ist. Es ist der Platz, an dem man automatisch zur Ruhe kommt und an dem sich eine innere Zufriedenheit breitmacht. Für viele Menschen, vor allem Vertriebene, ist Heimat nur eine Erinnerung an vergangene, meist bessere Zeiten. Die Bibel kennt eine ganze Reihe von Erzählungen, in denen Menschen aus ihren vertrauten Lebensverhältnissen herausgerufen werden und ihnen durch Gottes Begleitung ein Leben in der Fremde ermöglicht wird. Was Heimat wirklich bedeutet, erschließt sich oft erst dann, wenn man seine alte Heimat verlässt.

Viele Menschen suchen in der Fremde automatisch Anschluss an bereits bestehende Strukturen ihrer Landsleute. Was wir bei einem Besuch in New Yorks „China Town“ oder „Little Italy“ bewundern, ist nur auf den ersten Blick ein skurril erscheinender Fremdkörper inmitten einer amerikanischen Millionenmetropole. Auf den zweiten Blick ist es der Wunsch all dieser Einwanderer und deren Nachkommen nach einem Stück Heimat fernab von China oder Italien. Auch wir Deutschen haben es auf diese Weise geschafft, unsere Heimat zu exportieren. Das größte Oktoberfest der Welt findet selbstverständlich in München statt. Aber schon auf Platz zwei befindet sich das Oktoberfest im chinesischen Qingdao mit jährlich fast vier Millionen Besuchern. Auf den weiteren Plätzen folgen Kanada und Brasilien.

Die Heimatliebe der Deutschen zeigt sich aber nicht nur im Export unseres Kulturgutes. Sie zeigt sich auch darin, wie wir mit unserem eigenen Land umgehen, wie wir uns engagieren und was uns in unserem persönlichen Lebensumfeld wichtig ist.

Engagement im Verein aus Heimatverbundenheit

Besonders deutlich wird das in unserem Vereinswesen. In keinem anderen Land der Welt gibt es so viele unterschiedliche Vereine wie in Deutschland. Laut Statistischem Bundesamt sind es mittlerweile 600.000. Damit hat sich ihre Zahl seit 1970 verfünffacht – ein untrügliches Zeichen für unsere Heimatverbundenheit. Neben „Heimatverbundenheit“ kennt unsere Sprache auch viele andere Begriffe, die sich mit dem Wort „Heimat“ zusammensetzen. Wer hat nicht schon mit den Augen gerollt, wenn im Fernsehprogramm mal wieder die alten „Heimatschnulzen“ aus den



Paul Lehrieder
Erster Stellv. Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

1950er Jahren laufen oder beim Seniorenkreis „Heimatlieder“ angestimmt werden. Beides muss man inhaltlich nicht mögen, aber unbestritten ist, dass all diese Ausdrücke eine gewisse Wärme und Nähe ausstrahlen. Nichts davon klingt kalt oder ablehnend.

Der Deutschen Urlaub - am liebsten in der Heimat

Heimat ist eben doch ein Gefühl. Wie anders wäre es zu erklären, dass das beliebteste Urlaubsziel der Deutschen Deutschland ist. Von den 447 Millionen Übernachtungen, die in unserem Land jährlich gebucht werden, kommen 366 Millionen aus dem Inland. Das liegt natürlich auch daran, dass wir vom Urlaub am Meer, über Wanderungen in den Mittelgebirgen und Skifahren in den Alpen alles anbieten können, was das touristische Interesse weckt. Es ist aber auch ein Ausdruck einer besonderen Verbundenheit mit unserer Heimat.